

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Pakt für Wachstum und Wohlstand

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Eine starke industrielle Basis ist Voraussetzung für anhaltenden Wohlstand in Deutschland. Sie bietet gut bezahlte Arbeitsplätze für viele Bürgerinnen und Bürger. Auch ist sie unabdingbar für die Transformationsprozesse hin zu mehr Nachhaltigkeit. Die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist in der Substanz gut. In den Jahren zwischen 2005 und 2021 haben sich insbesondere wesentliche Leistungsdaten wie z. B. die Erwerbstätigenquote, die Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Personen sowie die Integration von Migranten verbessert. Allerdings ist seit mehreren Jahren ein Rückgang des Anteils zu erkennen, den das Verarbeitende Gewerbe zur Wirtschaftsleistung beiträgt. Während im Jahr 2018 sein Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) noch bei 22,6 Prozent lag, waren es 2022 nur noch 20,6 Prozent. In den vergangenen Monaten haben sich die Anzeichen für einen beschleunigten Rückgang der industriellen Basis sogar vermehrt.

Die Produktion der energieintensiven Industrien ist 2022 um 20 Prozent eingebrochen. Die einschlägigen Indikatoren für das Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe (u. a. PMI, Ifo) signalisierten zuletzt ein stark schrumpfendes Neugeschäft für die gesamte Industrie. Auf eine beschleunigte Auszehrung der industriellen Basis deutet auch die jüngst veröffentlichte Studie des IW Köln hin, wonach der Netto-Abfluss bei den Direktinvestitionen im Jahr 2022 einen neuen Negativrekord markiert hat. (www.iwkoeln.de/presse/pressemitteilungen/christian-rusche-geldabfluesse-in-deutschland-so-hoch-wie-nie.html). Zu den Gründen für den Rekordkapitalabfluss gehören die hohen Kosten der industriellen Fertigung. Sie sind durch die unzureichende Ausweitung des Energieangebots, den beschleunigten Anstieg der Lohnnebenkosten (Stichwort: Bruch der „Sozialgarantie“) und den neuerlichen Bürokratieaufwuchs unter der gegenwärtigen Regierung weiter gestiegen. So haben in einer groß angelegten Studie des DIHK 32 Prozent der befragten Unternehmen Kosteneinsparungen als Motiv für Auslandsinvestitionen genannt (www.dihk.de/de/themen-und-positionen/internationales/auslandsinvestitionen-motiv-kostenersparnis-wieder-auf-dem-vormarsch-93664), einen Wert, der letztmalig während der Finanzkrise im Jahr 2008 so hoch war.

Das Verarbeitende Gewerbe ist aufgrund seiner Innovationskraft Produktivitätstreiber für die gesamte Volkswirtschaft; hier werden regelmäßig die höchsten Zuwächse erzielt (www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Studien/Studie-Industrie-und-Dienstleistungen.pdf). Eine steigende Produktivität ist der Schlüssel zu mehr Wohl-

stand, denn hieraus ergeben sich die Verteilungsspielräume für alle Arten von Einkommen, insbesondere auch für das Lohneinkommen. Darüber hinaus ist die industrielle Fertigung in Deutschland mit Blick auf den CO₂-Ausstoß effektiver als im Ausland. Somit ist es auch ein wichtiger Beitrag für den Klimaschutz, die Industrie in Deutschland zu halten (s. www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klimaschutz-deutschland-holt-viel-aus-seinem-co2-ausstoss-18632023.html).

Wir müssen jetzt die richtigen Rahmenbedingungen setzen, damit Deutschland ein führendes Industrieland in Europa und der Welt bleibt, ein Land, das auf Augenhöhe mit den anderen Wirtschaftsmächten der Welt agieren kann. Kurzfristige konjunkturelle Strohfeuer werden der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands nicht helfen. Vor einer Entscheidung über einen Brückenstrompreis brauchen wir Strukturreformen, um das Fundament unseres Wohlstands zu erneuern. Deutschland braucht jetzt eine Wachstumsagenda für Wirtschaft, Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit.

- II. Angesichts der überragenden Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes für den Wohlstand Deutschlands und der sich mehrenden Anzeichen, dass die industrielle Basis in Deutschland erodiert, fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,
 1. schnellstmöglich eine breit abgestimmte Industriestrategie vorzulegen, die wieder wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für die gesamte Industrie in Deutschland schafft;
 2. ein Belastungsmoratorium für Unternehmen zu beschließen, auf neue Belastungen, Auflagen, Berichtspflichten etc. zu verzichten und das angekündigte vierte Bürokratieentlastungsgesetz schnellstmöglich in den Deutschen Bundestag einzubringen, um die deutsche Wirtschaft spürbar und rasch von Bürokratie zu entlasten und Investitions- und Forschungshemmnisse abzubauen (s. auch Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Wirtschaftsstandort Deutschland stärken, Wirtschaft unterstützen – Abbau überflüssiger und belastender Bürokratie“, Bundestagsdrucksache 20/6408);
 3. Planungs- und Genehmigungsprozesse erheblich zu beschleunigen, damit Investitionen zügig, digital und unbürokratisch umgesetzt werden können;
 4. das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz für Unternehmen, die mindestens 1.000 Arbeitnehmer im Inland beschäftigen, bis zum 1. Januar 2025 auszusetzen. Auf nationaler und europäischer Ebene die praktische Umsetzung zu verbessern, damit die betroffenen Unternehmen von Dokumentationen entlastet werden;
 5. Maßnahmen zu ergreifen, um wettbewerbsfähige Energiepreise sicherzustellen. Hierzu das Energieangebot auszuweiten, den Ausbau Erneuerbarer Energien zu beschleunigen und wenigstens die drei in diesem Jahr stillgelegten Kernkraftwerke wieder in Betrieb zu nehmen (dafür die Berechtigung zum Leistungsbetrieb zu erneuern und den Rückbau zu stoppen) sowie den Netzausbau und den Bau neuer Gaskraftwerke zu beschleunigen;
 6. die Stromsteuer schnellstmöglich auf das gesetzliche EU-Minimum von 0,05 Cent pro Kilowattstunde zu senken und die Netzentgelte weiter abzusenken sowie die zielgenaue Steuerentlastung für die energieintensiven Industriebetriebe, den so genannten Spitzenausgleich für die Energiesteuer fortzuschreiben;
 7. eine Superabschreibung für Investitionen in Klimaschutz, Automatisierung und Digitalisierung einzuführen;

8. eine Belastungsbremse für Bürger und Unternehmen zu garantieren. Das bedeutet konkret, dass die Bundesregierung dafür sorgt, die Sozialabgaben wie die Vorgängerregierung bei 40 % zu deckeln sowie die Unternehmenssteuern auf 25 % zu senken, u. a. durch eine niedrigere Steuerbelastung einbehaltener Gewinne durch eine Reform der Thesaurierungsbegünstigung;
9. in der Bekämpfung des Klimawandels auf marktbasierende Instrumente wie den Europäischen Emissionshandel zu vertrauen. Statt auf kleinteilige Vorgaben und Verbote zu setzen (bspw. Gebäudeenergiegesetz), ist es für die Akzeptanz und den Erfolg des gesamtgesellschaftlichen Umbaus erforderlich, marktnäher und technologieoffener zu agieren;
10. die Forschung in den Unternehmen zu stärken und die steuerliche Forschungszulage zu verdreifachen und die Bemessungsgrundlage auf 12 Millionen Euro pro Unternehmen hochzusetzen;
11. die Forschungs- und Innovationsförderung für den Mittelstand, insbesondere im Rahmen des Zentralen Innovationsprogramms Mittelstand (ZIM) sowie der Industriellen Gemeinschaftsforschung (IGF), entgegen den aktuellen Regierungsplänen im kommenden Bundeshaushalt nicht zu kürzen, sondern strategisch weiter auszubauen;
12. rasch eine Fachkräfteoffensive auf den Weg zu bringen, die die (Weiter-) Qualifizierung Geringqualifizierter zu Fachkräften fördert, Anreize zum Erwerb beruflicher Qualifikationen entwickelt und die Digitalisierung der Arbeitsprozesse und der Weiterbildung vorantreibt. Dazu gehört u. a., die rechtliche Verbindlichkeit des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) festzuschreiben sowie für ausländische Fachkräfte mehr Visa-Verfahren und die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen zu beschleunigen;
13. auf EU-Ebene von der zuletzt sehr passiven Haltung abzurücken („German Vote“) und durch geeignetes Regierungshandeln sicherzustellen, dass Verordnungen und Richtlinien des Europäischen Parlaments auch die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft sowie die Versorgungssicherheit in den Blick nehmen;
14. die Bemühungen zum Abschluss von Freihandelsverträgen und Rohstoffabkommen zu intensivieren. Dazu gehört u. a., die Verhandlungen zum Mercosur-Abkommen auf EU-Ebene zum Abschluss zu bringen und einen neuen Anlauf für ein Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika vorzunehmen.

Berlin, den 19. September 2023

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion

